

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
215 · Ausgabe CH · November 2024
AZB 3001 Bern · Post CH AG



Mehr Verkehr, weniger Klimaschutz: Nein zum Autobahnausbau!

Mattea Meyer, Jacqueline Badran und Natascha Wey stellen die Abstimmungsvorlagen vor.
Seite 4–7

PARTEITAG: EINE SANDOZ FÜRS VOLK

Wie sich die Arzneimittelkrise bewältigen lässt.
Seite 8

SOLIDARISCH MIT KRIEGSFLÜCHTLINGEN

Als die Partisanenrepublik Ossola von den Faschisten niedergeschlagen wurde, zeigte sich die Südschweiz solidarisch. Seite 14

Liebe Leserin, lieber Leser, alle dazwischen und darüber hinaus



Als der Nationalrat dem Vorstoss zustimmte, dass Kriegsflüchtlinge ihre Familienmitglieder nicht mehr in der Schweiz in Sicherheit bringen dürfen, folgte unsere Reaktion sofort. Innert 24 Stunden unterzeichneten 120 000 Menschen unseren Appell an die Adresse des Ständerats, diesen Entscheid zu korrigieren.

Man muss sich vor Augen halten, was der Entscheid eigentlich bedeutet: Kriegsflüchtlinge, die alles verloren haben, von ihren Liebsten getrennt und möglicherweise traumatisiert

sind – sie sollen die Hoffnung begraben und ihre Kinder oder Ehepartner:in nicht in die sichere Schweiz holen dürfen. Wie grausam und kaltherzig ist das denn! Dabei ist der Entscheid nicht nur gefühlsmässig schwer zu ertragen. Er widerspricht auch fundamentalen Menschenrechten.

Wäre ein solcher Entscheid im Nationalrat vor zwei Jahren möglich gewesen? Eher nicht. Der Rechtsrutsch, der vor einem Jahr mit den Parlamentswahlen durchs Land ging, hinterlässt Spuren.

Der Ständerat entschied dann vor dem Hintergrund des Appells, das Geschäft an die vorberatende Kommission zurückzuweisen. Der Entscheid ist damit vertagt – wir bleiben dran.

Solidarität und Menschlichkeit war auch vor 80 Jahren Thema, als der Fall der Partisanenrepublik Ossola die Südschweiz in eine humanitäre Krise stürzte. Tausende Partisanen und Zivilist:innen suchten im Tessin und im Wallis Schutz. Beispielhaft unterstützten Lokalpolitiker und die Bevölkerung die Flüchtlinge und die Republik Ossola, die ganz nebenbei als Keimzelle der italienischen Nachkriegs-Demokratie gilt. Mehr dazu findest du auf Seite 14.

Solidarität ist sozusagen die DNA der SP. Ich bin froh Mitglied einer Partei zu sein, die es schafft, innert Kürze Zehntausende gegen die unmenschliche SVP-Politik zu mobilisieren. Und es freut mich, dass im Nachgang zu diesem Appell, weitere 450 Menschen der SP beigetreten sind, um gemeinsam für eine soziale Schweiz einzustehen. Darum allen, die zum ersten Mal ein «links» in den Händen halten: von Herzen willkommen!

Mit solidarischen Grüßen
Pia Wildberger

PS: Zum Thema «Ein Jahr Rechtsrutsch» führen wir mit Dr. Oliver Nachtwey von der Uni Basel und Co-Präsident Cédric Wermuth ein Webinar durch. Mehr dazu findest du auf Seite 18.

INHALT

- 4 **Autobahnausbau schadet Klima**
Mehr Auto und noch mehr Stau?
Nein danke!
- 6 **2 x Nein zur Gier
der Immobilienlobby!**
Leichtere Kündigungen machen
Mietzinserhöhungen möglich
- 7 **Schluss mit Atomwaffen!**
Alt Bundesrätin Micheline Calmy-
Rey sagt im Interview, warum
die Schweiz dem Atomwaffen-
verbotsvertrag beitreten muss
- 8 **Eine Sandoz fürs Volk**
Am Parteitag diskutierten
die Delegierten Mittel gegen
die Arzneimittelkrise
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **«Es braucht eine migrantische
Wohnpolitik»**
Das neue Co-Präsidium der
SP Migrant:innen über seine Ziele
- 14 **Eine Welle der Solidarität**
Ein Blick zurück, als die Faschis-
ten die Republik Ossola nieder-
schlugen und das Tessin in eine
humanitäre Krise stürzten
- 16 **Kochen fürs Klima:
Moqueca à la Suisse**
Wie Küchenchef Raul Carneiro
Fernandes ein brasilianisches
Nationalgericht klimafreundlich
in die Schweiz holt
- 18 **5 Fragen an Neumitglied Regula
Humm, Kindergärtnerin in Basel**
- 19 **Anlässe der SP Schweiz,
Movendo und der
Anny-Klaw-Morf-Stiftung**



Endlich geschafft: Sina Eggmann, Mitglied des Initiativkomitees und SP-Parteiratmitglied, reicht vor der Bundeskanzlei einen Karton mit Unterschriften weiter.

Mehr als 100 000 Stimmen für eine inklusive Schweiz

Die Inklusions-Initiative, die ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen fordert, ist zustande gekommen, wie die Bundeskanzlei im Oktober mitteilte. In der Schweiz leben rund 1,7 Millionen Menschen mit Behinderungen. Sie werden in vielen Bereichen vom politischen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Dies betrifft beispielsweise Wohnen, Arbeit, Bildung, ÖV, Kultur, Dienstleistungen und

Bauten. Exemplarisch wurde die Diskriminierung bei der Einreichung der Unterschriften der Inklusions-Initiative deutlich. Die Initiant:innen mussten extra einen barrierefreien Zugang bauen lassen, um die Unterschriften der Bundeskanzlei übergeben zu können. Handlungsbedarf erkennt auch die Staatspolitische Kommission des Nationalrats, die in einer Motion Ende Oktober gleiche politische

Rechte für Menschen mit Behinderungen forderte. Die Motion geht auf die Behindertensession 2023 zurück «Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können», sagt SP-Nationalrätin Nina Schläfli (TG). Klar ist: Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen gehört auf die Prioritätenliste der Schweizer Politik!

Erfolg im Kampf für tiefere Medikamentenpreise

Die nationalrätliche Gesundheitskommission hat sich einstimmig für Mengenrabatte bei umsatzstarken Medikamenten ausgesprochen. Dies ist Teil der Massnahmen gegen den Anstieg der Gesundheitskosten. Die Einsparungen wegen der Rabatte belaufen sich auf mehrere hundert Millionen Franken und kommen den Prämienzahler:innen zugute. Doch dies wird nicht ausreichen, um die Prämienexplosion und die Geschäftemacherei im Gesundheitswesen zu stoppen. Nach wie vor macht die Pharmaindustrie viel zu hohe Gewinne auf Kosten der Versicherten.

Wir bleiben dran! Mehr zum Positionspapier zur Arzneimittelkrise, das die Delegierten am Parteitag Ende Oktober verabschiedeten, liest du auf Seite 8.

Nein zum Kahlschlag bei den Witwenrenten

Da Witwen heute in der AHV besser gestellt sind als Witwer, muss die Schweiz auf Geheiss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg (EGMR) ihre Hinterlassenenrenten anpassen. Doch anstatt die Renten für Witwer wie vom EGMR gefordert nach oben anzugleichen, will der

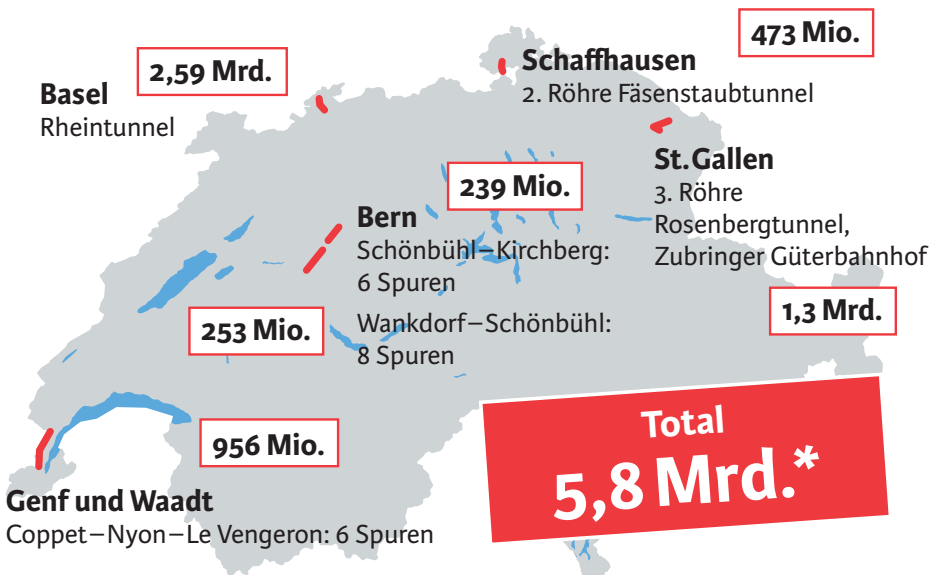
Bundesrat die Witwenrenten bis 2030 um 350 Millionen Franken kürzen. So steht es in der Botschaft, die der Bundesrat Ende Oktober zu Händen des Parlaments verabschiedete.

«Weniger Witwenrenten statt mehr Witwenrenten: Der bürgerlich dominierte Bundesrat macht aus einer Gleichstellungsvorlage ohne Not eine Abbauvorlage», sagt SP-Nationalrätin Barbara Gysi (SG). «Dass der Bundesrat auch laufende Witwenrenten streichen will, ist empörend.» Mit ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik greifen die Bürgerlichen die soziale Schweiz an. Die SP wird in der parlamentarischen Debatte gegen den Sozialabbau antreten und Korrekturen verlangen.



Mit dem milliardenschweren Autobahnausbau werden die Prioritäten völlig falsch gesetzt: Der unsinnige Ausbau führt zu mehr Verkehr und schadet dem Klima. Darum ein klares Nein am 24. November!

So teuer wird der Milliarden-Ausbau der Autobahnen



Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz

Die Klimakrise wird auch bei uns immer spürbarer. Die Gletscher schmelzen immer schneller und wir werden von immer extremeren Unwettern getroffen. Der geplante milliardenschwere Ausbau der Autobahnen steht in krassem Widerspruch zu dieser Klimakrise. Denn er führt zu mehr Verkehr und damit zu mehr CO₂-Ausstoss. Bereits heute verursacht der Autoverkehr in der Schweiz rund ein Drittel aller inländischen CO₂-Emissionen. Zudem verschlingt der

* Im Abstimmungsbüchlein steht 4,9 Mrd. Franken, doch diese Zahl ist längst überholt; gemäss Bundesamt für Strassen (ASTRA) liegen die Kosten fast eine Milliarde Franken höher.

Autobahnausbau wertvolles Kulturland – sogar ein Biotop muss weichen. Kurz: Das Projekt heizt die Klimakrise an und ist darum verantwortungslos.

Mehr Verkehr, noch mehr Stau

Es ist eine Binsenwahrheit, die die Bürgerlichen nicht wahrhaben wollen: Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten. Der zu erwartende Mehrverkehr wird die neuen Autobahnspuren schon bald wieder verstopfen. Zudem müssen die Autos auf die Autobahnen auf- und von dort wieder abfahren, und diese Wege führen durch Städte, Dörfer und Quartiere. Auch hier wird der Mehrverkehr zu einer höheren Belastung der Menschen führen.

Der Ausbau wird mindestens 4,9 Milliarden Franken kosten. So steht es im Abstimmungsbüchlein. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) räumt jedoch ein, dass die Kosten bis zu 30 Prozent höher liegen könnten. Denn die Angaben im Abstimmungsbüchlein sind veraltet. Für die Projekte veranschlagt das ASTRA bereits heute knapp 900 Millionen Franken mehr. Und da sind Teuerung und Mehrwertsteuer noch nicht mal eingerechnet, und auch der Unterhalt ist ausgeklammert. Jeder Meter Autobahn dürfte also rund 100 000 Franken kosten.

Und Bundesrat Albert Röstli verfolgt weiterführende Pläne: Er will bis 2050 sogar 35 Milliarden Franken für Autobahnen ausgeben. Allein die schiere Summe werden die bürgerlichen Parteien zu nutzen wissen und behaupten, dass nun kein Geld mehr für den Klimaschutz, die Gleichstellung und die Stärkung der Kaufkraft vorhanden sei.

Massiv höhere Kosten für die Umwelt

Leider hält sich in den verkehrspolitischen Debatten hartnäckig die Annahme, dass die Autofahrer:innen über den Nationalstrassenfonds für die gesamten Kosten selbst aufkommen. Das ist falsch. Die externen Kosten – also die Kosten für Klimaschäden, Unfälle, Lärm, Luftverschmutzung – werden von der Allgemeinheit getragen und sind im Preisetikett des Autobahnausbaus nicht enthalten. Und genau diese Kosten fallen viel höher aus als bisher angenommen. Ein neuer Bericht des Bundesamts für Raumentwicklung geht von 17,3 Milliarden Franken jährlich aus. Das ist 60 Prozent mehr als bisher gedacht.

Pikant: Die Zahlen wurden erst auf öffentlichen Druck hin vor der Abstimmung publiziert. Bundesrat Röstli – ein ehemaliger Verkehrs-, Atom- und Erdöllobbyist – versuchte, sie bis nach der Abstimmung unter Verschluss zu halten.

Die Folgen des Autobahnausbaus betreffen uns alle. Deshalb müssen wir in den Klimaschutz und in einen starken öffentlichen Verkehr investieren. Nur wenn wir den Autoverkehr reduzieren, haben wir eine Chance, die Klimaziele rechtzeitig zu erreichen. Die Abstimmung ist darum auch eine Richtungswahl – Nein zu SVP-Röstis Abbaupolitik und dem masslosen Autobahnausbau!



Keystone/Christian Beutler

Schlechtere Pflege? Nein zu EFAS!

Die neue Reform der Gesundheitsfinanzierung (EFAS) ist eine Falle für Versicherte sowie Patientinnen und Patienten. Und das Pflegepersonal kommt noch mehr unter Druck.

Natascha Wey,
Generalsekretärin VPOD

Mit EFAS soll die Pflege in Heimen und zuhause hauptsächlich über die Krankenkassenprämien finanziert werden. Heute kommen dafür grossenteils die Kantone auf. Doch ausgerechnet im Bereich der Altenpflege steigen die Kosten am schnellsten. Mit der Reform besteht darum die Gefahr, dass die unfairen Pro-Kopf-Prämien noch stärker steigen. Bereits jetzt steht fest: In 17 Kantonen, darunter Zürich, Bern, Basel und Luzern, würden die Krankenkassenprämien bei der Einführung der Reform auf einen Schlag um insgesamt 480 Millionen Franken steigen.

Höhere Kosten für Menschen im Pflegeheim

Heute ist der Betrag begrenzt, den ältere Menschen für die Pflege aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Für die Pflege zuhause bezahlen sie pro Tag höchstens 15 Franken, für den Aufenthalt im Pflegeheim maximal 23 Franken. Mit der Reform würden diese Begrenzungen aus dem Gesetz gestrichen, und der Bundesrat wäre nach einer Übergangsfrist frei, diesen Betrag laufend zu erhöhen. Mit EFAS kämen darum auf die ältere Bevölkerung höhere Kosten zu – und älter werden wir alle.

EFAS hätte auch Auswirkungen auf das Portemonnaie von Patientinnen und Patienten, wenn es um kürzere Spitalaufenthalte geht. Das hat der Gewerkschafts-

bund vorgerechnet. So müssten beispielsweise Patienten mit einer Franchise von 2500 Franken für eine Blinddarmoperation rund 370 Franken mehr bezahlen, wenn Franchise und Selbstbehalt berücksichtigt werden.

Arbeitsbedingungen und Pflegequalität unter Druck

Vor zwei Jahren erschütterte der Skandal um den Pflegeheimgiganten ORPEA Frankreich. Medienschaffende deckten auf, wohin die absurde Profitorientierung in der Langzeitpflege führt, nämlich zu stetem Personalmangel, Pflegerationierung, zu miserabler Pflegequalität und gar zu wenig Essen für Patientinnen und Patienten. Mit EFAS steigt auch in der Schweiz der finanzielle Druck auf die Pflege. Es müssen mehr Patienten in noch kürzerer Zeit behandelt werden. Ein Teufelskreis, denn bereits heute verlassen zahlreiche Pflegefachpersonen aus diesen Gründen den Beruf.

Das wollen wir auf jeden Fall verhindern. Darum: Nein zu EFAS!

WEBINAR ZU EFAS

Welche Auswirkungen hat die Vorlage auf unser Gesundheitssystem?

Die EFAS-Vorlage wird sich spürbar auf Patient:innen, Versicherte und das Pflegepersonal auswirken. In diesem Webinar besprechen wir, was die EFAS-Reform mit sich bringt, und beantworten eure Fragen dazu. **4. November, 19 – 21 Uhr, online**



Hier kannst du dich anmelden:



iStock/Micha Steinmann

Den Mieter:innen einfacher kündigen? Nein!

Die Immobilienlobby versucht mit allen Mitteln durchzusetzen, dass Mieter:innen einfacher gekündigt werden kann. Das Ziel: Noch höhere Mieten. Das müssen wir verhindern: 2x Nein zur Gier der Immobilienlobby!

Die beiden Mietvorlagen, über die wir im November abstimmen, sind ein einziger Skandal. Sie bilden den vorläufigen Höhepunkt in einer Reihe von stossenden bis gesetzeswidrigen Entwicklungen, die von der Immobilienlobby und dem Hauseigentümergeverband vorangetrieben werden.

So haben es die Immobilieneigentümer in den letzten 25 Jahren de facto geschafft, durch die Hintertür eine Marktmiete einzuführen – und das, ohne einen einzigen Buchstaben des Gesetzes zu ändern. Der Gesetzgeber koppelte die Mieten an Kosten und Hypotheken und sah einen Renditedeckel vor. Doch darüber setzten sich die Vermieter hinweg – und fanden am Bundesgericht willfährige Vollstreckungshelfen.



Jacqueline Badran,
Nationalrätin ZH und
Vorstand Mieterverband ZH

Skandal #1: Illegale Milliarden-Profte für die Vermieterschaft

Doch der Reihe nach. Die Hypothekarzinsen sanken über viele Jahre stetig. Parallel dazu hätten auch die Mieten sinken müssen. Stattdessen explodierten sie geradezu. Wie ist das möglich? Viele Vermieter:innen erhöhen bei jedem Mieterwechsel gesetzeswidrig die Mieten. Sie können sich darauf verlassen, dass sich die Mieter:innen in aller Regel nicht wehren – zu kompliziert ist das Verfahren. Sie sind einfach froh, nach der zermürbenden Suche eine Bleibe gefunden zu haben. Darum zahlen die Mieter:innen heute unglaubliche 10 Milliarden Franken zu viel pro Jahr an die Immobilienbranche. Das macht 370 Franken pro Monat und Wohnung.

Die Immobilienlobby freuts. Eine transparente Abstimmung über die Einführung der Marktmiete wäre nicht zu gewinnen gewesen.

Skandal #2: Für jeden einzelnen Vorstoss ein Referendum

Und weil es bisher so einfach war, macht die Immobilienlobby weiter so. Sechs Vorstösse wurden von Exponenten aus ihren Reihen in den letzten Jahren im Parlament eingereicht. Zwei hatten zum Ziel, den Renditedeckel anzuheben, zwei sollten Mietverhältnisse einfacher kündbar machen, zwei sollen verhindern, dass sich Mietende gegen gierige Vermieter:innen wehren können. Zu Recht bündelte der Ständerat diese Vorstossflut und verlangte eine Auslegeordnung samt Gesamtrevision des Mietrechts. Dazu muss man wissen: Eine Abstimmung, die der Mieterschaft auf einen Schlag so viele Nachteile bringt, wäre nicht zu gewinnen.

Das Vorgehen des Ständerats passte der zuständigen Nationalratskommission darum nicht in den Kram. Sie nahm das Vorstosspaket wieder auseinander in der Hoffnung, dass wenigstens einige der Vorstösse durchkämen. Die Kommission sorgte so auch dafür, dass der Mieterverband nun für jeden einzelnen Vorstoss das Referendum ergreifen muss. Das ist ein demokratiepolitischer Skandal erster Güte, der in der Schweiz seinesgleichen sucht.

Skandal #3: Gewaltentrennung aufgehoben

Die Immobilienlobby fand am Bundesgericht eine Verbündete. Noch bevor das Parlament die Rendite-Vorstösse diskutiert hatte, entschied das höchste Gericht, dass Vermietende mehr Rendite machen dürfen – und zwar genau so viel, wie es die Immobilienlobby im Parlament bestellt hatte. Die erlaubte Rendite stieg so quasi über Nacht von 0,5 auf 2 Prozent über Referenzzinssatz, ohne dass dies vom Gesetzgeber entschieden worden wäre. Im Urteil hatte die zuständige Richterin sogar die Frechheit, auf den nicht behandelten Vorstoss zu verweisen. Das ist ein Präzedenzfall und ein skandalöser

Verstoss gegen die Gewaltentrennung.

Skandal #4: Von Vermieters Gnaden

Und da stehen wir nun: Wir stimmen Ende November über zwei der erwähnten sechs Vorstösse ab, deren einziges Ziel es ist, die Mieter:innen einfacher rauswerfen zu können, um dann in einem zweiten Schritt die Mieten zu erhöhen. Denn während einem laufenden Mietverhältnis ist es fast unmöglich, die Miete um ein paar Hundert Franken raufzusetzen.

In der Dezembersession, also gleich nach dem Abstimmungs-sonntag, werden wir im Parlament zwei weitere Vorstösse der Immobilienlobby behandeln, deren erklärtes Ziel es ist, die Mieten direkt massiv zu erhöhen und die Mieter:innen daran zu hindern, gegen übersetzte Mieten vorzugehen. Der Ausgang der Abstimmungen wird die Ratsdebatte direkt beeinflussen.

Es braucht ein Nein gegen die Immobilienlobby: Darum laut und deutlich zwei Mal Nein!

Der Mieterverband hat in einer grossen Recherche aufgedeckt, wer im Parlament besonders für die Immobilienbranche lobbyiert. Mehr dazu: www.mietenund-wohnen.ch/die-macht-der-immolobby/

UNTERMIETE UND EIGENBEDARF – DARUM GEHT ES

Untermiete: Neu soll die Untermiete massiv eingeschränkt werden. Das betrifft hunderttausende Menschen, Wohngemeinschaften, Familien und Senior:innen, die sich nach Tod oder Trennung die Miete alleine nicht leisten können und darum ein Zimmer untervermieten. Es betrifft tausende KMU mit Praxis- und Bürogemeinschaften, von der Physiotherapeutin bis zur Architektin, die fast alle in Untermiete organisiert sind.

Bereits heute ist die Untermiete nur mit Einwilligung der Vermieterschaft möglich. Ausserdem ist es schon heute verboten, zu hohe Mieten für die Untermiete zu verlangen.

Neu kann die Vermieterseite eine Untermiete nahezu willkürlich verweigern, wenn sie länger als zwei Jahre dauert. Der Rauswurf droht zudem bereits wegen kleinen Formfehlern und innerhalb von nur 30 Tagen, was sonst nur bei Nichtzahlen der Miete oder Verwüstung der Wohnung möglich ist!

Eigenbedarf: Der Vermieter kann heute schon eine Kündigung wegen Eigenbedarf aussprechen. Gewisse Mietverhältnisse sind besonders geschützt, etwa wenn eine Mieterin mit dem Vermieter in einen Rechtsstreit verwickelt ist (Schutz vor Racheündigung) oder bei Gewerbe mit unkündbaren befristeten Verträgen (Schutz von Investitionen in Innenausbau). Zur Übersteuerung dieses Kündigungsschutzes muss künftig der Eigenbedarf der Vermieterschaft jedoch nicht mehr «dringend» sein.

Das Ziel der Immobilien-Lobby ist klar: Einfacher kündigen und dann die Miete erhöhen. **Darum: 2 × Nein!**

Schluss mit Atomwaffen!

Die Schweiz soll dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beitreten. Das fordern wir in einer Initiative. Warum diese wichtig ist, bringt alt SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey als Mitglied des Initiativkomitees auf den Punkt.



Warum braucht es einen Atomwaffenverbotsvertrag?

Die Weltlage ist gefährlich, die Konflikte nehmen zu. Die Welt rüstet auf. Gewisse Staatschefs drohen gar mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen. Die Welt wird gefährlicher mit vielen Atomwaffen. Denn sie schützen niemanden, sondern sind eine der grössten Bedrohungen für die Menschen und unseren Planeten. Kommt hinzu: Atomwaffen sind völlig nutzlos gegen Terrorismus.

Lässt sich die Bedrohung mit einem Verbot eindämmen?

Atomwaffen verstossen gegen das humanitäre Völkerrecht, denn sie machen keinen Unterschied zwischen militärischen und zivilen Zielen. Die atomare Abschreckung bietet keine Sicherheit, dass solche Waffen nicht versehentlich oder absichtlich eingesetzt werden. Wir müssen deshalb auf internationale Abkommen setzen wie den Atomwaffenverbotsvertrag.

Warum soll die Schweiz dem Abkommen beitreten? Wir besitzen keine Atomwaffen.

Die Schweiz ist die Hüterin der Genfer Konventionen und die Wiege des humanitären Völkerrechts. In der Schweizer Tradition setzt man auf Vermittlung, auf Gute Dienste und Abrüstung, nicht auf militärische Gewalt. Mit dem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag bekennt sich die Schweiz zu ihrer humanitären Tradition und führt das langjährige Engagement für nukleare Abrüstung fort.

Hier kannst du unterschreiben
→ <https://www.sp-ps.ch/kampagne/atomwaffen-verbots-initiative/>



Eine Sandoz fürs Volk

In der Schweiz fehlen wichtige Medikamente. Doch Pharmakonzerne entwickeln kaum neue Wirkstoffe in weniger profitablen Bereichen. Die öffentliche Hand muss daher die Versorgung sichern. Die SP Schweiz fordert in einem neuen Positionspapier, dass der Bund die Firma Sandoz kauft und globale Public-Pharma-Firmen aufgebaut werden. Beat Ringger*

Man stelle sich vor: In den Regalen von Migros, Coop oder Aldi steht bei jedem 13. Artikel «Zur Zeit nicht erhältlich». Bei besonders wichtigen Artikeln prangt der Zusatz: «Wird wegen zu geringer Profitaussichten nicht mehr hergestellt». Und manche neu entwickelten Produkte in den Gestellen kosten bis zu drei Millionen Franken. Das ist weder realistisch noch vorstellbar? Weit gefehlt.

Diese Situation entspricht der gegenwärtigen Lage auf dem Pharmamarkt. Seit einigen Jahren nehmen Versorgungsengepässe zu, weil grosse Pharmafirmen sich aus dem Massengeschäft zurückziehen. Antibiotika werden – obwohl wegen zunehmender Resistenzen der Krankheitserreger dringend benötigt – kaum noch weiterentwickelt, was jedes Jahr Millionen von Menschen das Leben kostet. Neue Krebsmedikamente wiederum sind exorbitant teuer.

Seit gut zwanzig Jahren ist hinter den Kulissen eine Entwicklung im Gang, deren bittere Auswirkungen wir nun präsentiert bekommen. Grosse Pharmafirmen sind hoch profitabel. Gerade deshalb verlangen die Finanzmärkte laufend noch mehr Umsatz und noch mehr Profitabilität (Novartis will 40 Prozent). Darum fokussieren die grossen Konzerne auf hochprofitable Blockbuster. Sie stossen alle Bereiche ab, deren Profitrate unter 20 Prozent liegt. Das Ergebnis ist paradox: Immer mehr Gelder aus Krankenkassenprämien und Steuern gehen an die Pharmakonzerne, während die Versorgung

* Beat Ringger ist der ehemalige geschäftsleitende Sekretär des Denknetzes und Autor des Buchs «Pharma fürs Volk», das 2022 im Rotpunkt-Verlag erschienen ist.

mit Arzneimitteln immer brüchiger wird. Ein Marktversagen, wie es ausgeprägter kaum sein könnte.

Profit darf nicht alles sein

Deshalb muss die öffentliche Hand nun eingreifen. Zum Beispiel durch den Kauf von Sandoz und die Überführung der Firma in ein gemeinnütziges Unternehmen. Das Sandoz-Sortiment umfasst 1500 Standard-Arzneimittel und Generika. Die Firma ist eine von nur drei grossen Generika-Herstellern und die weltweit grösste Produzentin von Antibiotika. Bleibt

sie in privaten Händen, dann wird, so das erklärte Ziel der neuen Firmenleitung, die Profitabilität von heute 18 Prozent auf 24 bis 26 hochgeschraubt. Das Massengeschäft kommt dann erneut unter Druck. Schon alleine deshalb ist jetzt eine Überführung in gemeinnützige Hände dringend.

Finanziert werden soll der rund 15 Milliarden Franken teure Kauf durch ein zinsloses Darlehen der Schweizerischen Nationalbank SNB. Ein solches Darlehen ist mehr als gerechtfertigt. Die SNB wäre laut Verfassung verpflichtet, Gewinne an Kantonen und Bund auszuschütten. Sie hat aber in den letzten Jahren mit Buchhaltungstricks über 100 Mrd. Franken an Gewinnen zurückbehalten. Da ist ein solches Darlehen gut und billig – im Interesse der Bevölkerungen der Schweiz und der ganzen Welt.

AM PARTEITAG

Die Wahlen für Parteipräsidium und Parteirat gingen am Parteitag von vergangener Woche nach packenden Reden von Cédric Wermuth und Mattea Meyer rasch über die Bühne: Beide wurden per Akklamation für zwei weitere Jahre im Co-Präsidium bestätigt. Der Neuenburger Ständerat Baptiste Hurni wurde als Nachfolger von Samuel Bendahan ins Vizepräsidium gewählt. Bendahan ist kraft seines Amtes als Co-Fraktionspräsident bereits Mitglied des Parteipräsidiums.

Das Positionspapier zur Arzneimittelkrise (siehe Artikel) wurde von den Delegierten nahezu einstimmig angenommen. Zu Einwänden führten einzig die hohen Kosten für Sandoz. Mit diesen Mitteln könne ein Pharmaunternehmen neu aufgebaut werden, ohne dass sich die Shareholder der heutigen Sandoz über den Verkauf ihrer Anteile bereichern würden. Dem hielten die Befürworter:innen entgegen, dass mit Sandoz ein weltweit vernetztes und gut funktionieren-

des Unternehmen der öffentlichen Hand zugeführt würde, was erfolgversprechender sei.

Für eine soziale Schweiz

Engagiert wurde am Parteitag auch über ein Positionspapier zur Finanzpolitik diskutiert. Für die SP ist klar: Gerade in Zeiten einer Kaufkraftkrise darf es keine zusätzlichen Belastungen für die Bevölkerung geben. Vielmehr sollten die Steuersubventionen für Reiche und Konzerne rückgängig gemacht werden. Dieses Positionspapier stellen wir in der letzten Links-Ausgabe vor unter [→ sp-ps.ch/schluss-mit-klassenkampf-von-oben](https://sp-ps.ch/schluss-mit-klassenkampf-von-oben).

Die Debatten lassen sich im Livestream auf YouTube nachverfolgen:

- Arzneimittelkrise: So ab Minute 16
- Klassenkampf von oben: Sa ab Minute 1:52
- Die Positionspapiere können hier abgerufen werden: [→ sp-ps.ch/positionspapiere](https://sp-ps.ch/positionspapiere)



Stahl Gerlafingen muss bleiben! JUSO lanciert Volksauftrag

An der ausserordentlichen Jahresversammlung am 27. August 2024 hat die JUSO Solothurn einen Volksauftrag lanciert. Der Volksauftrag soll den Solothurner Regierungsrat dazu auffordern, sich beim Bund aktiv für eine Industriepolitik einzusetzen, die eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ermöglicht, um Arbeitsplätze im Bereich der produzierenden Industrie (Sektor 2) zu erhalten und die Metall-Kreislaufwirtschaft zu fördern.

Laura Ivanova und Leo Valentin Hug, Co-Präsidium JUSO Solothurn

Schon im März, anlässlich der Schliessung einer Produktionsstrasse der Stahl Gerlafingen AG, hat die JUSO Solothurn auf die Notwendigkeit einer langfristigen nationalen industriepolitischen Strategie hingewiesen, um die Arbeitsplätze zu sichern und die einheimische Stahlproduktion zu schützen. Leider sehen der Bundesrat und die zuständigen Behörden auf kantonaler und nationaler Ebene die Dringlichkeit bis heute nicht ein. Sehenden Auges lassen die Behörden die nationale Stahl- und Wertstoffindustrie mitsamt den tausenden Arbeitsplätzen und trotz ihrer ökologischen Wichtigkeit im Stich. Mit unserem Volksauftrag fordern wir den Regierungsrat auf, aktiv zu werden und sich bei den zuständigen nationalen Behörden für eine nationale Industriepolitik ein-

zusetzen, welche die Arbeitsplätze in der produzierenden Industrie (Sektor 2) sichert und gleichzeitig die nachhaltige Kreislaufwirtschaft in diesem Sektor fördert. Damit können die Existenz der produzierenden Industrie besonders im Bereich Glas, Stahl und Metall gesichert und gleichzeitig klimaschonende Innovationen und Prozesse der Metall-Kreislaufwirtschaft gefördert werden.

Mit unserem Volksauftrag schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe: Die energieintensive, emissionsreiche Stahl- und Metallindustrie kann bei ihrer Umstellung auf eine ökologischere Produktion unterstützt werden, und gleichzeitig sichert eine gut umgesetzte nationale Industriepolitik zahlreiche Arbeitsplätze langfristig.

SPENDER*IN DER JUSO SOLOTHURN WERDEN

Unterstützt du dieses Vorhaben und möchtest du uns in unserer politischen Arbeit im Kanton Solothurn unterstützen? Dann werde Spender:in der JUSO Solothurn!

Die JUSO Solothurn ist die tollste Jungpartei des Kantons. Mit monatlichen Mitgliederversammlungen, Aktionen, Volksaufträgen, Social-Media-Beiträgen, Kampagnen und vielem mehr setzen wir dies um. Dafür brauchen wir, nebst unseren zeitlichen Ressourcen und viel Geduld, auch finanzielle Zuschüsse. Ab CHF 50.– jährlich laden wir dich einmal im Jahr zum Merci-Znacht ein, bei dem du vom JUSO-Vorstand bekocht wirst.

CH26 0839 0040 0126 1000 9
JUSO Solothurn
Rossmarktplatz 1
4500 Solothurn

MINDESTLOHN-INITIATIVE

Jetzt geht's richtig los!

Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird unsere kantonale Mindestlohninitiative am 9. Februar 2025 zur Abstimmung gelangen. Genau einen Monat vor den Kantons- und Regierungsratswahlen.

Ein Mindestlohn schützt vor Armut. Wer arbeitet, soll davon leben können. Und zwar ohne Unterstützung und Zweitjobs. Mit einem Mindestlohn schützen wir alle Menschen vor Tieflohnen!

Deine Unterstützung ist gefragt

Um diese Abstimmung zu gewinnen, benötigen wir jede Art von Unterstützung, sei dies durch das Aufhängen von Plakaten, das Ver-

teilen von Flyern, eine finanzielle Spende, das Schreiben eines Leserbriefes oder Überzeugungsarbeit gegenüber Freund:innen und Bekannten.

Hilfst du mit?

Scanne den untenstehenden QR-Code und fülle das Dokument online aus. Wir freuen uns, mit dir zusammen diese Abstimmung zu gewinnen.



EINWOHNER:INNENSTIMMRECHT

Ein wichtiger Schritt für da

Am 24. November stimmt der Kanton Basel-Stadt über das Einwohner:innen-Stimmrecht ab. Basler:innen mit einer Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung) sollen das aktive Stimm- und Wahlrecht erhalten. Mit dieser Erweiterung haben wir die Chance, unsere Demokratie nachhaltig zu stärken.



Im Namen der Kampagnen-Gruppe, Dr. Amina Trevisan, Grossrätin SP BS

Demokratie ist kein knappes Gut. Je mehr Menschen an einer Gemeinschaft teilhaben und mitgestalten können, desto stärker wird sie.

Im Jahr 1966 stimmte der Kanton Basel-Stadt dem Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene als erster Deutschschweizer Kanton zu. Erst im Jahr 1971 haben wir schweizweit das Frauenstimmrecht eingeführt. Ein riesiges Demokratiedefizit wurde damit behoben. Der Blick auf diese historische Errungenschaft zeigt, dass die Demokratie mit sozialen Entwicklungen mitgehen muss.

Ein wachsendes Demokratiedefizit soll behoben werden

Basel-Stadt rühmt sich als weltoffener und diverser Kanton. Doch fast 40 Prozent der Erwachsenen, die im Kanton Basel-Stadt leben, sind von der formellen politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dies, weil sie keinen Schweizer Pass besitzen. Rund drei Viertel dieser Menschen wurden in der Schweiz geboren oder leben seit mehr als zehn Jahren hier. Sie arbeiten, tragen zum materiellen und immateriellen Wohlstand des Kantons bei, zahlen Steuern und engagieren sich hier. Sie haben die gleichen Pflichten wie alle anderen in unserem Kanton. Politische Rechte aber haben sie keine. Wenn es um wichtige Entscheidungen wie Steuern, KITAS oder Klimamassnahmen geht, bleibt ihnen die Mitbestimmung verwehrt. Aufgrund der hohen Hürden für Einbürgerungen wächst der Anteil nicht stimmberechtigter Erwachsener in unserem Kanton gar noch. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, schwächt das unsere Demokratie.

Die SP hat mit einer Motion von Edibe Gögeli das Thema 2019 im Grossen Rat neu lanciert. Nach Beratung in der Justiz-, Si-



cherheits- und Sportkommission hat dieser im Juni 2024 ein begrenztes Stimm- und Wahlrecht für Einwohner:innen mit Niederlassungsbewilligung verabschiedet. Auch die Regierung sagt Ja zum Einwohner:innen-Stimmrecht! Die Verfassungsänderung kommt am 24. November zur Abstimmung. Ein entscheidender Schritt hin zu mehr Mitbestimmung für viele Menschen, die seit Jahren in Basel ihren Lebensmittelpunkt haben, steht bevor.

Aktives Stimmrecht

Menschen, welche die C-Bewilligung haben, dürfen nach Annahme der Verfassungsände-

rung kantonal wählen und abstimmen (aktives Stimmrecht). Wer in ein politisches Amt gewählt werden will (passives Stimmrecht), benötigt weiterhin den Schweizer Pass. Studien zeigen, dass in anderen Schweizer Kantonen und Gemeinden, in denen Menschen ohne Schweizer Pass mitbestimmen können, politische Mehrheitsverhältnisse dadurch nicht verschoben wurden.

Partizipation heisst Verantwortung übernehmen

Politische Partizipation von möglichst allen Erwachsenen in einem Staat ist ein Indikator, wenn es darum geht, die Qualität einer

s weltoffene Basel

Demokratie zu messen. Der fehlende Zugang zu politischen Rechten für Migrierte in Kombination mit einer restriktiven Einbürgerungspolitik beeinträchtigt auf lange Sicht die Qualität der demokratischen Ordnung in der Schweiz. Politische Beteiligung schafft ein Zugehörigkeitsgefühl, bedeutet die Übernahme von Verantwortung und erhöht die Akzeptanz von Entscheidungen. Dies alles hält unsere Gesellschaft zusammen.

Ein weiteres Kapitel der Deutschschweizer Demokratie

Basel hat dank der SP bereits mehrmals Geschichte in der Deutschschweiz geschrieben,

sei es mit der Einführung des kantonalen Mindestlohns, dem Energiegesetz oder dem fortschrittlichsten Kita-Gesetz der Schweiz. Nun könnte der Kanton erneut Vorreiter in der Deutschschweiz werden. Neuenburg und Jura kennen dieses Mitspracherecht übrigens schon seit mehr als hundert respektive fast fünfzig Jahren.

Die Einführung des Einwohner:innen-Stimmrechts ist ein wichtiger Schritt für Inklusion, für Gleichberechtigung und für eine starke Demokratie, welche die Vielfalt und den Einsatz aller Menschen anerkennt, die Basel seit vielen Jahren mitgestalten. Deshalb sagen wir überzeugt Ja am 24. November.



«Gleichstellung bedeutet auch, dass alle, die hier zu Hause sind, mitbestimmen können, wie unser Kanton gestaltet wird.»

Katharina Good, Sozialpädagogin, Kuratorin & Aktivistin



«Stärken wir die Demokratie, indem wir alle mitbestimmen lassen, für die Basel der Lebensmittelpunkt ist.»

Zaira Esposito, Grossrätin



«Auch Menschen ohne Schweizer Pass wählen vielfältig. Mehr Mitbestimmung verändert keine Mehrheiten, sondern stärkt unsere Demokratie.»

Marcel Colomb, Vizepräsident SP Basel-Stadt

Mut zur Förderung, Ja zur Musikvielfalt!



Roberto Barbotti,
Co-Präsident
Sachgruppe Kultur
und Mitinitiant

Basel-Stadt erfreut sich eines breiten Angebots an Musik. Zahlreiche freie Musikschaffende – die meisten in der Basler Musiklandschaft – tragen dazu bei, dass diese Vielfalt täglich stattfindet. Aber zu welchem Preis? Heute arbeiten sehr viele unter prekären Bedingungen, weil sie nicht angemessen gefördert werden oder der Zugang zur Förderung gänzlich fehlt.



Mit der Initiative für mehr Musikvielfalt haben wir am 24. November die Chance, das zu ändern. Sie verlangt, dass in Zukunft mindestens ein Drittel der Fördergelder ins freie Musikschaffen fließen. Dieses Drittel ist nötig, um den Ansprüchen einer zeitgemässen Musikförderung gerecht zu werden. Das Kulturfördergesetz liefert bereits die Grundlage: Der Kanton soll vielfältig fördern und für gute Rahmenbedingungen sowie eine Verbesserung der sozialen Sicherheit sorgen.

Die unformulierte Initiative gibt der Politik den Auftrag, innert vier Jahren einen Umsetzungsvorschlag auszuarbeiten. Dieser sollte die Interessen von Institutionen, Freischaffenden und Bevölkerung gleichermaßen berücksichtigen. Ein Weiter-wie-bisher ist keine Lösung. Deshalb: Mut zur Förderung, Ja zur Musikvielfalt!



Nach nur einem Jahr erhalte ich eine neue Sitznachbarin. Nationalrätin Martina Munz aus Schaffhausen hat ihren Rücktritt bekannt gegeben, Linda De Ventura wird ihre Nachfolge antreten. Ich werde mein «Nationalratsgotti» sehr vermissen.

Ein Jahr im Nationalrat

Vor rund einem Jahr wurde ich in den Nationalrat gewählt. Obwohl es sich so anfühlt, als wäre es erst gestern gewesen, ist inzwischen schon ein ganzes politisches Jahr mit vier Sessionsen und einer Sondersession vorbei.

Die Arbeit in Bern ist spannend und intensiv, das Tempo und die Dichte an Informationen sind fast immer hoch. Hauptsächlich bin ich mit Kommissionsgeschäften beschäftigt, in meinem Fall sind das vor allem Themen aus den Bereichen Asyl, Migration und Staatspolitik. Das sind häufig schwierige Themen, denn Menschenwürde und Menschenrechte sind nicht verhandelbar – auch wenn das andere Politiker:innen regelmässig infrage stellen.

Homeoffice und 100 Tage in Bern

In Bern bin ich an rund 100 Tagen pro Jahr. Die restliche Zeit verbringe ich im Homeoffice in Kreuzlingen oder an einem anderen Ort im Thurgau. Mit der Wahl in den Nationalrat gingen auch diverse Anfragen für Mandate oder Vorstandstätigkeiten ein. Ein paar wenige habe ich tatsächlich

angenommen: Seit März bin ich z. B. Präsidentin des Schweizerischen Fachverbandes für Mütter- und Väterberatung, seit Mai wieder Mitglied der Geschäftsleitung der Kantonalpartei und seit Juni Mitglied des Hochschulrates der Pädagogischen Hochschule Thurgau.

Spannende Begegnungen

Hinzu kommen diverse Beiträge zu Abstimmungskampagnen, Besuche von Veranstaltungen im ganzen Kanton, Schulbesuche oder Grussworte an Veranstaltungen. Das habe ich vorher alles schon regelmässig gemacht, aber auch hier hat die Kadenz deutlich zugenommen. Diese Termine bedeuten oft auch spannende Begegnungen mit unterschiedlichen Menschen – und das ist für mich immer noch der schönste Teil der Politik.



Nina Schläfli,
Nationalrätin SP Thurgau

Folge Nina und der SP Thurgau auf Instagram und Facebook. So bist du stets im Bild darüber, was auf nationaler und kantonaler politischer Ebene passiert!



VERFOLGE NINAS ARBEIT IM NATIONALRAT

Ein paar Tage nach der Session berichte ich jeweils in einem kurzen persönlichen Sessionsrückblick über wichtige Geschäfte im Nationalrat sowie meine weiteren Aktivitäten in Bern. Du kannst den kurzen Newsletter gerne bei mir abonnieren (nina.schlaefli@parl.ch). Ausserdem besteht die Möglichkeit, mich während der Session in Bern zu besuchen. Spezialführungen für Gruppen oder Schulklassen ausserhalb der Session gebe ich auch, aber hier gibt es nur noch wenige freie Termine.



«Es braucht eine migrantische Wohnpolitik»

Sinem Gökçem und Reis Luzhnica haben vor knapp einem halben Jahr das Präsidium der SP Migrant:innen übernommen. Bereits Ende Woche steht die erste Delegiertenversammlung unter ihrer Ägide an. Wo setzen sie neue Schwerpunkte? Interview von Pia Wildberger

Wie seid ihr ins Co-Präsidium gestartet?

Reis: Sinem und ich haben rasch gemerkt, dass wir ähnliche Ideen haben und uns gut verstehen ...

Sinem: ... Darum haben wir uns auch für ein Co-Präsidium beworben. Es bewährt sich.

Wo setzt ihr die Schwerpunkte?

Reis: Ende Woche findet die Delegiertenversammlung der SP Migrant:innen statt. Schwerpunktmässig werden wir unter anderem über die Chancengleichheit in der Bildung und die Frühförderung von Kindern debattieren. Wir möchten unsere Mitglieder, aber auch die SP und die Community, für das Thema Diskriminierung sensibilisieren. Migrant:innen bezahlen zum Beispiel höhere Versicherungsprämien fürs Auto, je nachdem welche Farbe ihr Pass hat. Das ist häufig nicht einmal den Betroffenen selbst bewusst.

Sinem: Wir möchten auch für Themen sensibilisieren, die manchmal vergessen gehen. Zum Beispiel für die Schwierigkeiten, mit denen Minderjährige bei der Einbürgerung konfrontiert sind. Je nachdem, in welchem Kanton oder welcher Gemeinde sie wohnen, werden ihre Kinderrechte grob missachtet. Es kommt nicht von ungefähr, dass die SP

Migrant:innen sehr viele Unterschriften für die Demokratie-Initiative gesammelt hat.

Wie wollt ihr die Anliegen der Migrant:innen noch stärker vertreten?

Reis: Uns ist die Vernetzung ein sehr grosses Anliegen. Wir wollen die SP Migrant:innen noch mehr mit anderen migrantischen Gruppierungen vernetzen. Es geht darum, die Migrant:innen zu stärken, ihre Sichtbarkeit zu erhöhen, und es geht um Erfahrungen, die Migrant:innen trotz unterschiedlicher Herkunft teilen. Gemeinsam sind wir stärker.

Wo stellt ihr Diskriminierung fest?

Sinem: Auf dem Wohnungsmarkt sind Migrant:innen benachteiligt. Zudem sind sie häufig in Niedriglohnbranchen tätig und können die Mieten in den Zentren nicht bezahlen. Es braucht eine migrantische Wohnpolitik. Man muss sich bewusst sein, dass vieles miteinander verknüpft ist. Der Wohnort ist entscheidend für die Inklusionsmöglichkeiten von Migrant:innen. Wenn sie abgelegen wohnen, weil sie sich keine andere Wohnung leisten können, ist der Deutschkurs oder der Fussballverein ausser Reichweite. Mir ist ein Fall bekannt, bei dem Primarschulkinder mehr-

mals wöchentlich um 6 Uhr morgens den Bus nehmen müssen, um den Deutsch-Stützkurs in einem Nachbardorf besuchen zu können. Je nach Aufenthaltsbewilligung können die Menschen gar nicht wählen, wo sie wohnen. Dabei ist Wohnen ein Grundbedürfnis!

Was steht nach der DV an?

Reis: Uns ist wichtig, näher an der Basis die Themen zu sammeln. Der Zugang zu der SP Migrant:innen soll einfacher werden. Mit der Vernetzung in den Kantonen machen wir den Anfang.

MIT FRISCHEM WIND AUF ERFOLGSKURS

Sinem Gökçem und Reis Luzhnica haben im Juni dieses Jahres die Leitung der SP Migrant:innen von Gründungspräsident Mustafa Atici übernommen, der als Regierungsrat von Basel-Stadt den Stab an das Co-Präsidium weitergereicht hat. Sinem, 38, ist Gerichtsschreiberin im Kanton Aargau und Reis, 34, Inhaber einer Druckerei in Zürich Altstetten. Ziel der SP Migrant:innen sind die Gleichstellung im gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich sowie die Verhinderung von Diskriminierung und die Durchsetzung der Menschenrechte.

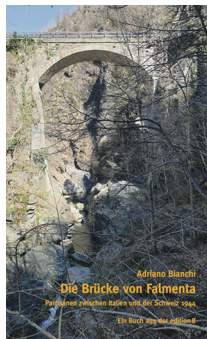
Beispielhafte Tessiner Solidarität

Der Sarg des Partisanen Federico Marescotti wird von Kameraden für die Totenmesse nach Comologno gebracht. Im Hintergrund ist ein Zug Schweizer Soldaten sichtbar.

Vor 80 Jahren wurde die «Partisanenrepublik Ossola» in Norditalien von den Faschisten niedergeschlagen und viele Partisanen flüchteten in die Südschweiz, wo sie trotz humanitärer Krise Schutz fanden. Dominik Landwehr

Die italienische Kleinstadt Domodossola liegt abgeschieden am Süden des Simplons. Doch so beschaulich die Kleinstadt, so dramatisch ist ihre Geschichte, die – was die geflüchteten Partisanen im Zweiten Weltkrieg betrifft – eng mit dem Tessin verbandelt ist.

1944, Italien ist in den Händen der Faschisten, die deutsche Wehrmacht hat Norditalien besetzt. In Domodossola einigen sich die zerstrittenen italienischen Partisanengruppen Anfang September jedoch auf ein gemeinsames Vorgehen und schaffen das schier Unmögliche: Sie jagen die faschistischen Truppen aus dem Tal. Am 10. September 1944 proklamieren



Das Buch zum Thema
«Die Brücke von Falmenta», eindrücklicher Augenzeugenbericht des italienischen Partisanen Adriano Bianchi (1922–2012), der erstmals auf Deutsch vorliegt und von der Solidarität der Schweizer mit den Partisanen zeugt.

sie die «Republik Ossola» und beginnen in rasendem Tempo mit dem Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft. Sie führen die Pressefreiheit ein, drucken eigene Briefmarken und organisieren Schulen. Präsident der provisorischen Regierung wird der spätere italienische Abgeordnete Ettore Tibaldi (1887–1968), der wie viele andere wegen des Partisanenaufstands aus dem Schweizer Asyl nach Domodossola zurückkehrt.

Enge Beziehungen zur Schweiz

Die Beziehungen der Partisanen zur Schweiz waren damals eng. Sie verkehrten beispielsweise mit den Sozialdemokraten Guglielmo Cane-

vascini und Francesco Borella sowie mit dem Gemeindepräsidenten von Locarno, Giovan Battista Rusca. Diese Schweizer Politiker besuchten die Partisanenrepublik und sorgten dafür, dass die Schweizer Unterstützung für die freie Republik Ossola intensiviert wurde. «Die Kontakte bedeuteten eine zwar inoffizielle, aber wichtige Anerkennung des jungen Staats», sagt der Historiker Raphael Rues, der sich eingehend mit dem Thema befasst.

Bereits vor der Ausrufung der Republik Ossola spielte das Tessin für die Partisanen eine wichtige Rolle. Die Grenze war leicht zu überqueren, sodass das Tessin zur Drehscheibe des Widerstands gegen Deutsche und Faschisten wurde. «Es wurde informiert und koordiniert und immer wieder unbürokratisch geholfen», so Rues.

Mit der Ausrufung der Republik Ossola wuchs die Unterstützung aus der Schweiz. Lebensmittel, Geld, Waffen und Munition wurden geliefert. Gleichzeitig bauten Tessiner und Ossoloner Wirtschaftsverbindungen auf, um Produkte in die Schweiz zu exportieren, denn die Region war ausser zur Schweiz hin von faschistischen Kräften umschlossen.

Jähres Ende

Die Republik Ossola währt nicht lange. Bereits am 10. Oktober 1944 beginnen die faschistischen italienischen Verbände mit der Rück-

DRINGENDER ASYL-APPEL MIT WIRKUNG

Selten war der Aufschrei der Schweizer Bevölkerung so laut: Innert weniger als 24 Stunden setzten sich im September 2024 über 120 000 Menschen dafür ein, dass Kriegsflüchtlinge das Recht auf Familiennachzug behalten. Der Nationalrat hatte dieses streichen wollen. 120 000 Menschen unterzeichneten die dringende Forderung der SP an die Adresse des Ständerats, den unmenschlichen Entscheid des Nationalrats umzustossen.

Das Engagement der Bevölkerung zeigte Wirkung: Der Ständerat wies das Geschäft an die zuständige Kommission zurück. Doch vom Tisch ist die Sache nicht. Die SP wird darum weiter dafür kämpfen, dass Kriegsflüchtlinge das Recht auf Familienzusammenführung behalten.



Gianfranco Fradelizio hat zeit seines Lebens die Ideale der Partisanen hochgehalten.



Ein einfacher Gedenkstein erinnert an die «Battaglia dei Bagni di Craveggia» vor 80 Jahren.

erobert das Tal. Jetzt zeigen sich die Schwächen der Partisanen, die vergeblich auf Unterstützung der Alliierten gehofft haben und sich auf diese Art von Kampf nicht verstehen. Am 14. Oktober übernehmen die Faschisten wieder die Kontrolle über die Hauptstadt Domodossola, am 17. Oktober 1944 flieht ein Grossteil der Regierung und am 23. Oktober wird die Republik formell aufgelöst.

Viele Partisanen fallen. Wer kann, flüchtet über den Simplon oder das Onsernonetal in die Schweiz. So rettet sich im Kugelhagel der faschistischen Truppen am 18. Oktober eine grössere Gruppe von Partisanen in die Schweiz, wobei viele der 25 000 bis 30 000 Geschosse auf Schweizer Boden einschlagen. Eine der Kugeln verletzt den Italiener Federico Marescotti aus Mailand tödlich. Ein zweites Opfer ist der jüdische Partisan Renzo Coen, der später im Spital von Locarno stirbt. Das Geschehen wird als «Battaglia dei Bagni di Craveggia» in die Geschichte eingehen.

Das Ende der Partisanenrepublik Ossola stürzte das Tessin in eine humanitäre Krise. Tausende Frauen und Kinder flüchteten aus Angst vor Vergeltungsmassnahmen in die Schweiz, und auch die Partisanen zogen sich ins Tessin zurück. Wer es nicht über die Grenze schaffte,

wurde hingerichtet oder deportiert. Die Tessiner:innen zeigten sich solidarisch. Im Spital La Carità von Locarno wurden verletzte Partisanen behandelt – allein am 13. Oktober 1944 waren es beispielsweise über 50. «Ohne die Hilfe aus dem Tessin und dem Wallis wäre das Blutbad in der Region Ossola noch viel grösser geworden», so Rues.

Tessin zwischen Krise und Solidarität

«Die Solidarität der Schweizer, vor allem der Tessiner, ist bis heute nicht vergessen», weiss auch Gianfranco Fradelizio. Sein Vater Luigi wurde 1944 erschossen, als er – unbewaffnet – mit einem Maultier Lebensmittel für die Partisanen transportierte. Gianfranco Fradelizio hat das ideelle Vermächtnis des Vaters zeit seines Lebens hochgehalten und präsidierte bis letztes Jahr die Partisanen-Vereinigung in Domodossola.

An die Schlacht vor 80 Jahren und die beiden auf Schweizer Boden getöteten Partisanen Marescotti und Coen erinnert eine einfache Plakette, die Ende Juli dieses Jahres in einer feierlichen Zeremonie eingeweiht wurde. Der Text stammt von Fradelizio und könnte nicht treffender sein: «Für die Gerechtigkeit sind sie aufgestanden – für die Freiheit sind sie gefallen.»

Zum Tod von Alexandre Voisard



Mit dem Tod von Alexandre Voisard verliert der Jura eine wichtige Stimme – einen Dichter, der fest mit seiner Heimat verbunden war und sich zeitlebens für ihre Autonomie und Kultur einsetzte. Voisard, 1930 in Pruntrut geboren, war ein Poet der Freiheit, dessen Worte nicht nur seine Mitmenschen bewegten, sondern auch zur Stimme der jurassischen Unabhängigkeitsbewegung wurden. Sein Gedicht «Ode au pays qui ne veut pas mourir» gilt als Hymne des jurassischen Kampfs um Unabhängigkeit und trug massgeblich zum kulturellen Erwachen des Kantons bei.

Schon früh fühlte Voisard sich dem Kampf für die Eigenständigkeit des französischsprachigen Jura verpflichtet. Mit 17 Jahren schloss er sich dem Mouvement séparatiste jurassien an, später auch dem Rassemblement jurassien, und setzte sich für die Trennung vom Kanton Bern ein. Seine Gedichte wurden zur Inspiration für die jurassische Bevölkerung, deren Kampf 1978 in die Gründung des Kantons Jura mündete. Voisard wurde 1979 zum ersten Kulturbeauftragten des jungen Kantons ernannt und zog für die SP ins Kantonsparlament ein.

Literarischer Weltbürger

Neben seinem politischen Engagement war Voisard ein Naturpoet, inspiriert von den Wäldern und Wiesen rund um Fontenais, Heimatdorf und historische SP-Hochburg in der konservativen Region der Ajoie. Die Natur, Heimat und Freiheit waren zentrale Themen seines Schaffens. Er lehnte jedoch eine Reduzierung auf die Rolle des «regionalen» oder «politischen» Dichters ab und verstand sich als Weltbürger. Seine Werke spiegelten eine humanistische Überzeugung und eine Ethik der Freiheit und Solidarität wider.

Voisard war nicht nur Poet, sondern auch ein Erzähler mit subtiler Ironie und Humor. Werke wie «Louve» und «Un train peut en cacher un autre» brachten ihm breite Anerkennung. 1990 wurde er Mitglied der Académie Mallarmé in Paris und erlangte so literarische Bedeutung über die Schweizer Grenzen hinaus.

Im Alter von 94 Jahren verstarb Alexandre Voisard im Spital von Porrentruy. Auf seinen Wunsch hin wurde er in Fontenais beigesetzt, dem Dorf, das ihn prägte und dem er ein bleibendes Denkmal setzte.

Brasilien in der Schweiz: Moqueca à la Suisse



Mit Leidenschaft und Können zeigt SP-Mitglied und Küchenchef Raul Carneiro Fernandes, wie es gelingt, ein traditionelles brasilianisches Gericht klimafreundlich an Schweizer Gegebenheiten anzupassen. Pia Wildberger

Sorgfältig, ja liebevoll-energisch rührt Küchenchef Raul Carneiro Fernandes in der hohen Pfanne und dünstet die Zwiebeln am heimischen Herd. Er empfängt die Links-Redaktion zuhause, denn er ist in vielen Küchen tätig. Auf der Buchungsplattform für Küchenchefs kann man ihn für exquisite Gaumenfreuden in den eigenen vier Wänden buchen. Dort zaubert er mehrgängige Menus meistens für Menschen auf den Tisch, die etwas zu feiern haben, sei es ein runder Geburtstag, die Genesung von einer schweren Krankheit oder ein neuer Job.

Für die klimafreundliche Küche hat er eines der Nationalgerichte Brasiliens – Moqueca – an die Schweizer Gegebenheiten angepasst. Eigentlich wird Moqueca in den Küstenstädten Bahias als Fischeintopf zubereitet. Traditionell ist auch eine vegane Variante mit Bananen verbreitet. Fürs «links» hat er eine nachhaltige Version ohne exotische Zutaten geschaffen: Zum Einsatz kommen Mandelmilch aus der Schweiz anstatt Kokosmilch, und frische Pilze ersetzen den Fisch.

Nach der Ausbildung und Stationen in Brasilien, wo Raul aufgewachsen ist, führte ihn die Neugier in Sterne-Restaurants in Brasilien, Italien und Deutschland. In Zürich lernte er die Schweizer Klassiker im Zunft-

haus zur Waag kennen. «Aber die Freude am Kochen und die Grundlagen wurden mir am Herd meiner Grossmutter vermittelt», einer aussergewöhnlichen Persönlichkeit, die als Polizistin in der damaligen brasilianischen Diktatur öffentlich Folter anprangerte und damit grosse Risiken einging.

Essen ist politisch

Die Familie ist es auch, die Raul zur Politik brachte. Die Urgrosseltern mussten als spanische Juden unter Franco um ihr Leben fürchten und flüchteten nach Brasilien. Die Eltern wurden Mitglied der Arbeiterpartei, und bereits mit zwölf Jahren las er auf Empfehlung des älteren Bruders das Manifest von Karl Marx. Schon früh wurde er Mitglied der unter Bolsonaro verbotenen Revolutionären Kommunistischen Partei Brasiliens. Der Weg zu Revolution und Gerechtigkeit führt über «eine ausgewogene Ernährung und über die nachhaltige Produktion von Nahrungsmitteln nach agrarökologischen Grundsätzen», ist das SP-Mitglied überzeugt. «Essen ist politisch!»

Gelingt es, das brasilianische Traditionsgericht klimafreundlich als Schweizer Variante zuzubereiten? Der Duft nach «Moqueca à la Suisse» durchzieht die Küche und entfaltet sich auf dem Teller: Ausgewogen kommen

Pilze und Gemüse zur Geltung, zart schmilzt die Sosse auf der Zunge und verleiht Rauls Kreation das gewisse Etwas. Wir sind überzeugt: Besser kann auch die traditionelle Moqueca nicht schmecken. Zum Nachkochen wärmstens empfohlen!

Lust auf mehr? Raul Carneiro Fernandes kocht für Gäste und lässt sich hier als Küchenchef engagieren:
→ www.slow-dining.ch

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Moqueca à la Suisse

Rezept für 4 Personen

Zutaten

- 2 mittlere rote Zwiebeln, fein gehackt
- Je 1 rote, gelbe und grüne Peperoni, in dünne Streifen geschnitten
- 1 kleiner Butternuss-Kürbis, klein gewürfelt
- 250 g Champignons, in Scheiben
- 200 g frische Steinpilze, in Scheiben
- 4 mittelgrosse Tomaten, gewürfelt
- 500 ml Mandelmilch
- Paprikapulver
- Salz und schwarzer Pfeffer
- Olivenöl
- Essbare Blüten und Randen-Sprossen

Zubereitung

1. Etwas Olivenöl in eine grosse Pfanne geben, bei mittlerer Hitze erwärmen, Zwiebeln glasig dünsten, bis sie goldbraun sind.
2. Peperoni und Kürbis hinzufügen, 5–7 Minuten anbraten, bis die Paprikaschoten weich werden und der Kürbis eine leicht goldbraune Farbe annimmt.
3. Tomaten beigegeben und gut rühren. Unter Hitze rühren, bis die Tomaten nach ungefähr 5 Minuten anfangen zu zerfallen und eine Brühe bilden.
4. Champignons in die Pfanne geben, alles gut mischen und mit Salz, schwarzem Pfeffer und scharfem Paprika würzen. Köcheln lassen, bis die Pilze etwas Flüssigkeit abgeben und langsam weich werden (5 Minuten).
5. Mandelmilch in die Pfanne giessen und gut verrühren. Die Mischung bei schwacher Hitze etwa 15–20 Minuten köcheln lassen, bis der Kürbis sehr weich und die Brühe leicht eingedickt ist. Umrühren.
6. Mit Salz, Pfeffer und Paprika abschmecken, beiseitestellen.
7. Steinpilze in einer Pfanne separat goldbraun anbraten, zum Gericht zugeben, rühren. Nach Belieben mit essbaren Blüten, frischen Kräutern oder Randen-Sprossen garnieren, um dem Gericht eine frische Note zu verleihen.

Warm und mit weissem Reis servieren.
Bom apetite!

Mit Vollgas zur Velowende

Die ehemalige SP-Nationalrätin Ursula Wyss und ihre Mitautor:innen zeigen im Buch «Velowende», was es braucht, damit eine velofreundliche – und damit klimaverträgliche und lebenswerte – Stadt gelingt. Pia Wildberger

Das Velo bringt uns von A nach B, Velofahren macht glücklich und gesund. Warum gibt es in der Schweiz nicht mehr davon? Dieser Frage gehen Ursula Wyss und die Co-Autor:innen des Buches Velowende auf den Grund. Und sie zeigen auf: Es könnte anders sein. Im Veloparadies Amsterdam dominierte vor 50 Jahren das Auto wie heute in der Schweiz. Die Wende in den Niederlanden brachten politische Entscheide, die den Menschen und nicht das Auto in den Mittelpunkt stellten. Sobald man sich die Nutzung des Strassenraumes auch in der Schweiz nicht bloss vom Auto her denkt, wird vieles möglich – zum Beispiel eine lebenswerte, zukunftsfähige und menschenfreundliche Stadt, in der Velofahren mehr ist als eine klimafreundliche Alternative zum Auto.

Mehr Velo ist möglich

Die Autor:innen um die ehemalige Berner National- und Gemeinderätin Ursula Wyss zeigen anhand von Beispielen, wie das Velo zu einem integralen Bestandteil der städtischen Mobilität werden kann und es dabei die Stadt selbst umkrempelt – etwa wenn Kinder wieder auf der Strasse spielen und der Strassenraum allen Menschen offensteht, also auch älteren oder jenen, die sich heute nicht in den Verkehr trauen.

Denn die heutige Veloinfrastruktur ist ausgelegt auf den fiten und

mutigen Mann, der sich in den Verkehr wagt, auch wenn neben dem schmalen Velostreifen die Autos vorbeidonnern. Längst nicht alle potenziellen Velofahrer:innen entsprechen diesem «Prototypen» und verzichten auf die Fahrt. Studien zeigen, dass viel mehr Menschen Velo fahren möchten. Und ein Blick nach Amsterdam und Kopenhagen beweist, dass dies auch möglich ist. Dort prägen – anders als bei uns – Velofahrer:innen im Seniorenalter und junge Menschen auf zwei Rädern das Strassenbild.

Mehr Velo: So geht's

Ein grosses Plus des Buches sind die praktischen Tipps und Anleitungen für mehr Velo in der Stadt. Dabei richtet sich das Buch an eine interessierte Öffentlichkeit, die sich einbringen kann, um das eigene Umfeld velofreundlicher zu gestalten. Ebenso sind aber auch Politiker:innen und Stadtplaner:innen angesprochen.

Das Buch ist leicht zu lesen, klar strukturiert und gut recherchiert. Neben politischen Überlegungen und Fallbeispielen enthält es auch konkrete Handlungsempfehlungen. Die Autor:innen argumentieren fachlich versiert, leidenschaftlich und überzeugend, dass die Velowende machbar ist – und sie machen Mut, diese auch anzupacken. Volle Leseempfehlung!



Velowende, von Ursula Wyss, Patrick Rérat, Michael Liebi und Christine Lehmann. SP-Mitglieder erhalten das Buch unter www.ruefferundrub.ch vergünstigt für 24 Franken (Mitgliedschaft im Kommentarfeld angeben).



Fragen an **Regula Humm** Kindergärtnerin in Basel

1. Was hat dich zur SP gebracht?

Ich habe mir den Parteibeitritt zum 31. Geburtstag geschenkt. Ich war schon immer ein politischer Mensch, habe mich informiert und eine Meinung gebildet. Mein Urgrossvater war überzeugter Kommunist, der sich nach dem Prager Frühling von der Partei distanzierte. Das wurde in der Familie breit diskutiert. So kam ich schon früh mit Politik in Berührung.

2. Was hat dich überrascht?

Mit dem Parteibeitritt kann ich am politischen System teilhaben. Mich interessiert, wie Diskussionen ablaufen, was zwischenmenschlich passiert und worauf die politischen Entscheide basieren. An der Basler Delegiertenversammlung habe ich einen Einblick erhalten, wie das System funktioniert und Beschlüsse gefasst werden. Hilfreich fand ich auch die Feststellung, dass Politiker:innen Menschen sind wie du und ich – sie haben keine Superkräfte. Das heisst für mich, dass mir die Welt der Politik ebenfalls offensteht und ich mich einbringen kann.

3. Wo möchtest du dich einbringen?

Als Kindergärtnerin und Mutter von drei Kindern läge eine Sachgruppe Erziehung oder Schule auf der Hand. Aber vielleicht wäre es interessanter, in einer Arbeitsgruppe zum Thema Wirtschaft mitzumachen. Ich könnte mich dort als interessierte Person einbringen, die Teil der Wirtschaft ist. Wirtschaft geht alle an. Ob ich das jedoch zeitlich neben Beruf und Familie schaffe, muss ich offenlassen. Auf jeden Fall ist es wichtig, nicht alleine zuhause auf den Tisch zu hauen, sondern die Ziele gemeinsam zu verfolgen.

4. Welche Themen beschäftigen dich?

Die Klimakrise macht mir Angst. Sie strahlt in alle Bereiche aus und ist auch eine soziale Frage. Darum ist es wichtig, dass die SP nicht monothematisch unterwegs ist. Alle sollen zur Lösung beitragen. Das kann auch im Kleinen sein. Wenn alle ihre kleinen Sachen machen, dann kommt es irgendwann mal gut.

5. Wenn du einen Zauberstab hättest, was würdest du ändern?

Zum Beispiel würde ich überall viele Velowege hinzaubern. Velopolitik ist wichtig und es geht mir nicht in den Kopf, warum es so schwierig ist, gute Velowegnetze zu realisieren. Velofahren ist ja mittlerweile komfortabel und viele fahren E-Bike. Mit einem Kistenvelo muss man auch nicht mehr schleppen. Weniger Autos in der Stadt, mehr Velos und ein starker ÖV kommen doch allen zugute.

Pia Wildberger

AUF ZUR DEMONSTRATION GEGEN GEWALT UND UNTERDRÜCKUNG

Zum Auftakt der «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» gehen die SP Frauen mit zahlreichen feministischen Verbündeten auf die Strasse und setzen ein starkes Zeichen gegen Gewalt und Unterdrückung. Wir fordern, dass die Bekämpfung von patriarchaler Gewalt endlich prioritär behandelt wird.

Wir treffen uns am **23. November um 14 Uhr** auf der Schützenmatte in Bern. Bist du auch dabei?

WEBINAR: EIN JAHR RECHTSRUTSCH

Zusammen mit Dr. Oliver Nachtwey von der Uni Basel und Co-Präsident Cédric Wermuth analysieren wir ein Jahr nach dem Rechtsrutsch die aktuelle politische Lage. Was geschieht im europäischen und internationalen Umfeld? Welche Gründe führen dazu, dass die Rechte durchmarschiert, und was sind die Folgen für die Bevölkerung? Und wo zeigen sich konkrete Auswirkungen des Rechtsrutsches in der Schweiz? Was können wir tun, um uns zu stärken und gemeinsam dieser Politik entgegenzutreten? Welche Erfolge konnten wir trotz Rechtsrutsch verbuchen?

Wann und wo: Dienstag, 3. Dezember,

19.30 – 21 Uhr, online. Hier kannst du dich anmelden:



MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Burnout erkennen und vorbeugen

Kurs Nr. D2.5.2519

16.–17. Januar 2025 in Männedorf
Immer mehr Menschen leiden unter einem Burnout. Sie sind ausgebrannt und meist depressiv. Ein Burnout ist eine schwere Krankheit und wird oft zu spät erkannt. Die Kursteilnehmenden lernen Anzeichen und Ablauf eines Burnouts kennen. Zudem zeigen wir, wie ein Burnout verhindert werden kann und welche konkreten Massnahmen bei ersten Anzeichen einzuleiten sind.

Arbeitstechnik und Zeitmanagement

Kurs Nr. D2.6.2503

11. Februar 2025 in Winterthur
Alle kennen die Situation: Viel Arbeit, wenig Zeit und dauernde Störungen durch Telefonanrufe und Mails. Welche Aufgabe ist nun dringender, welche wichti-

ger? Wir analysieren den eigenen Arbeitsstil und unsere Ressourcen. Weiter lernen wir, mit Stresssituationen umzugehen und unsere Arbeits- und Zeitplanung zu optimieren.

Politik verstehen: Einstieg für junge Menschen

Kurs Nr. D2.1.2507

15. Februar 2025 in Zürich
Möchtest du dich an der Politik beteiligen? Wir erklären das politische System der Schweiz und stellen dir die demokratischen Instrumente und Möglichkeiten zur Beteiligung und Mitsprache vor. Der Kurs richtet sich an junge Menschen bis 35 Jahre, die einen Einstieg in politische Diskussionen finden möchten.

Rentenplanung: Welches Einkommen habe ich im Alter?

Kurs Nr. D2.3.2501

17. Februar 2025 in Olten

Nach der Pensionierung verändert sich unsere finanzielle Situation. Aber wie? In diesem Kurs erläutern wir, wie die AHV-Rente berechnet wird, wie Ergänzungsleistungen funktionieren und wie der Vorsorgeausweis zu lesen ist. Diesem können wir entnehmen, wie hoch die Rente aus der Pensioskasse sein wird.

Excel: Grundkurs (MS Office 2021)

Kurs Nr. D2.6.2511

21. Februar 2025 in Bern

Die meisten Leute kennen Excel-Tabellen mit Budgets, Teilnehmendenlisten oder Checklisten. Aber wer hat schon mal selbst eine Tabellenkalkulation oder eine Datenbank erstellt? Und wie erstellt man aus einer Tabelle ein Säulen- oder Tortendiagramm? Der Kurs befasst sich mit den Grundfunktionen von Excel.

Die Anmeldung erfolgt online

www.movendo.ch,

per Mail info@movendo.ch oder

per Telefon 058 218 00 00

AGENDA 2024/2025

SA, 2. NOVEMBER

Delegiertenkonferenz
SP Migrant:innen

SA, 23. NOVEMBER

Demo «Schulter an Schulter gegen Gewalt und Unterdrückung», Bern

FR, 29. NOVEMBER

Parteirat in Olten

DI, 3. DEZEMBER

Webinar: 1 Jahr Rechtsrutsch mit Oliver Nachtwey

DO, 12. DEZEMBER

Delegiertenversammlung SP60+, Bern

FR, 13. DEZEMBER

Festtagsanlass SP queer

SA, 22. FEBRUAR

Parteitag in Brig



Aktuelle Infos unter
www.sp-ps.ch/agenda



Baustellen der Demokratie im Kanton Aargau

Die Demokratie ist mit verschiedenen Krisen konfrontiert, welche die Demokratie selbst und die darin verwobene Kultur herausfordern und in Frage stellen. Dem geht unsere Reihe im Kanton Aargau nach.

Die Europawahlen und die Auswirkungen auf die Schweizer Demokratie

Dienstag, 5. November 2024,
18.30 Uhr, Zentrum für Demokratie Aarau

Referat von Prof. Stefanie Walter (Universität Zürich), danach Diskussion mit Beat Flach (Nationalrat GLP Aargau)

und europäischem Gast (angefragt), moderiert von Matthias Strasser (SRF).

Von der Kritik zur Verschwörung – Gefahr für die Demokratie?

Mittwoch, 13. November 2024,
19.30 Uhr, Royal, Baden

Mit Prof. Oliver Nachtwey (Institut für Soziologie Universität Basel) und Katharina Nocun (Publizistin und Bürgerrechtlerin), moderiert von Corin Kraft (Dozentin FHNW).

Globalisierte Wirtschaft – globalisierte Verantwortung?

Donnerstag, 28. November 2024,
18.30 Uhr, Zentrum für Demokratie Aarau

Gespräch mit Andreas Missbach (Geschäftsleiter Alliance Sud), Marianne Binder (Nationalrätin Die Mitte, Aargau) und Bernd Nilles (Geschäftsleiter Fastenaktion), moderiert von Renato Beck (Wochenzeitung WOZ).

Die Zukunft regeln

Wir alle wollen bis zuletzt möglichst selbstbestimmt leben. Oft wissen nur wenige Angehörige oder einem nahestehende Personen, wie wir uns dies genau vorstellen. Es ist darum sinnvoll, gewisse Vorsorgeregungen schriftlich zu treffen, damit diese verbindlich und rechtsgültig sind. Dazu gehören der Vorsorgeauftrag und die Patientenverfügung und je nachdem auch ein Testament.

Nachdem wir letztes Jahr in Zürich und Bern zu diesem Thema Informationsveranstaltungen durchführten, die auf reges Interesse stießen, bieten wir diese nun auch in Luzern (6. November) und St. Gallen (13. November). An den Anlässen erhalten die Teilnehmer:innen eine Übersicht über die verschiedenen Regelungen in rechtlicher, gesundheitlicher und finanzieller Hinsicht. Das Thema geht uns alle an. Wir freuen uns auf dich!

Es hat noch wenige freie Plätze. Hier findest du weitere Infos und kannst dich anmelden: www.spschweiz.ch/vorsorgen



VORSORGEN EINFACH ERKLÄRT

Welche Vorsorgeregungen gibt es zu Lebzeiten und für den Todesfall

Veranstaltungen zu den Vorsorgeregungen

Luzern | Mi, 6. Nov. 2024
St. Gallen | Mi, 13. Nov. 2024
jeweils 18 bis 20 Uhr



AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG



Einfacher rauswerfen, um Mieten zu erhöhen?

Mieterschutz schwächen?

2x NEIN

am 24. November

 mv Mieterinnen- und Mieterverband